



„Reichsbürger“ in Thüringen

- Hinweise im Umgang -

DAS DEUTSCHE REICH
in den Grenzen vom 31.12.1937



Provisorische Regierung der Nationalen Einheit des Deutschen Reiches



Amtsausweis



Ausstellungsdatum:

20.06.2010

2010

Deutsches Reich

Amtsausweis-Nr.: C.00.01

Name: W.

Vorname: T.

Amtsbezirk:
Ministerium des Äußeren

Dienstgrad:
Des. Minister des Äußeren

Unterschrift des Inhabers:

[Handwritten signature]

„Reichsbürger“ und ihre Vorstellungen

In den letzten Jahren traten bundesweit zahlreiche Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen in Erscheinung, die sich als „Reichsbürger“ oder ähnlich bezeichnen. Auch im Freistaat Thüringen wurden entsprechende Personen und Aktivitäten festgestellt.

Bei sog. Reichsbürgern handelt es sich um Personen und Gruppierungen, welche die Existenz der Bundesrepublik leugnen und sich stattdessen auf die Fortexistenz des Deutschen Reichs (häufig in den Grenzen von 1937, mitunter auch jenen von 1914 oder 1871) berufen. Die Vorstellungen dieser sog. Reichsbürger erschöpfen sich jedoch nicht nur in der Leugnung der BRD, vielmehr halten sie auch das Grundgesetz, bundesdeutsche Gesetze, Bescheide und Gerichtsurteile für nichtig.

Reichsgesetzblatt

Teil I

2015	Ausgabe 20. September 2015	2015
Tag	Inhalt	Seite
20.09.2015	Bekanntmachung, betreffend der BRD-Einberufung des Jahres 2015	1500201

Bekanntmachung, betreffend der Einberufung des
Volks-Bundesrates zur 80ten Tagung

Die „Reichsbürger“-szene ist in sich sehr heterogen, Strukturen gibt es allenfalls in Form der sogenannten Reichsregierungen und einzelnen weiteren Gruppierungen, die inhaltlich weitestgehend diesem Spektrum zuzuordnen sind. Teilweise stehen diese Gruppierungen auch in Konkurrenz zueinander. Einige dieser Gruppierungen werden vom Verfassungsschutz aufgrund von Bezügen zum Rechtsextremismus beobachtet, hierzu gehören die „Exilregierung Deutsches Reich“ – welche bundesweit die größte dieser Regierungen ist – oder die „Regierung des Deutschen Reichs“. Eine weitere Gruppierung ist das in der Vergangenheit auch in Thüringen in Erscheinung getretene „Deutsche Polizeihilfswerk“ (DPHW), das in seiner damaligen Form allerdings nicht mehr aktiv ist.

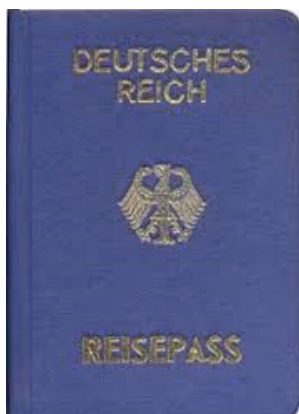
Die Anfänge dieser „Reichsideologie“ reichen zurück bis in die Gründungszeit der Bundesrepublik Deutschland. So behaupten die Akteure, die Bundesrepublik sei grundsätzlich illegal entstanden oder im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung untergegangen und existiere somit als Staat nicht. Stattdessen bezeichnen sie die Bundesrepublik als „GmbH“, deren „Personal“ ihr freiwillig angehöre. Auf staatlicher Ebene gehen sie von der Fortexistenz des „Deutschen Reiches“ aus. Solche Ansichten sind dem „Revisionismus“ zuzuordnen. Dieser „Revisionismus“ bildet eine ideologische Klammer, die diverse rechtsextremistische Strömungen verbindet. Im Falle der Reichsbürger nutzen die Akteure diese Klammer, um Verwirrung zu stiften und Unsicherheiten zu erzeugen. Sie kann darüber hinaus einen gesellschaftlichen Resonanzboden für rechtsextremes Gedankengut schaffen. Teile der Reichsbürger sind in der rechtsextremistischen Szene verankert, was volksverhetzende Äußerungen, Holocaust-Leugnung oder Werbung für rechtsextremistische Parteien verdeutlichen. Aufgrund der Heterogenität der „Reichsbürgerbewegung“ existieren zahlreiche weitere Theorien und Ideologien, die die Illegitimität oder Nichtexistenz der Bundesrepublik Deutschland glaubhaft machen sollen. Jede Gruppierung schmiedet sich ihren eigenen Fundus an pseudo-juristischen Argumentationsmustern.

Im klassischen rechtsextremistischen Spektrum geht die Idee einer Reichsbürgerbewegung u.a. auf Horst MAHLER zurück, die insbesondere in Form des zwischenzeitlich auch von MAHLER geleiteten Zirkels „Deutsche Kolleg“ Strukturen zur Wiedererrichtung des Deutschen Reiches anstrebt. Auch diese Spielart der Reichsbürgerbewegung ist gekennzeichnet durch revisionistische, rassistische und insbesondere antisemitische Argumentationsweisen.

Jedoch nicht jeder „Reichsbürger“ ist zwingend ein Rechtsextremist. Zum Teil handelt es sich auch um Personen mit finanziellen Problemen, denen es einfach darum geht, keine Gebühren und Steuern zahlen zu müssen sowie um Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Beispiele für Aktivitäten/Vorgehensweisen

- In Thüringen wurden Amtswalter, Ordnungsämter, Gerichte und andere Behörden durch seitenlange Schreiben mit völlig unberechtigten Zahlungsaufforderungen bedroht, teilweise wurden diese mittels europäischem Recht über Inkassounternehmen in Malta auch zu vollstrecken versucht (sog. „Malta-Masche“).
- Immer wieder weigern sich „Reichsbürger“, ihre Personalausweise vorzulegen. Stattdessen beharren sie darauf, nur „Reichspersonenausweise“ oder „Reichsbürgerpässe“ zu besitzen.
- Beantragen von Staatsangehörigkeitsausweisen mit der angegebenen Staatsangehörigkeit von Teilstaaten des Deutschen Reiches (z.B. „Preußen“, „Fürstentum Reuß jüngere Linie“ etc.) unter Berufung auf das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz aus dem Jahr 1913.
- Aufgrund der zentralen Lage Thüringens finden Treffen und Schulungen von Reichsbürgern häufig im Freistaat Thüringen statt.
- In jüngerer Vergangenheit etablierten sich „offene Reichsbürgerstammtische“, an welchen auch Interessierte ohne Weiteres teilnehmen konnten.
- Die Erstellung von Schulungsvideos im Internet bzw. in sozialen Netzwerken.
- Das Entwerfen von Lehrbüchern für Kinder und Jugendliche.
- Das heimliche und offene Anfertigen von Film- und Tonaufnahmen bei der Vornahme behördlicher Handlungen oder Behördenbesuchen der Reichsbürger sowie deren Veröffentlichung im Internet in sozialen Netzwerken und entsprechenden Film- und Videoportalen.



„Reichsregierungen“ und andere Gruppen

Auf der „Reichsideologie“ der „Reichsbürger“ beruhen „Reichsregierungen“ und andere vergleichbare Gruppen. Sie entstanden zumeist seit den 1980iger Jahren. Die sektenartigen Organisationen stehen untereinander in Konkurrenz. Nicht selten zerstreiten sich die Akteure und gründen weitere Gegen-„Reichsregierungen“. Oft verbreiten sie ihre Ideologie im Internet. In Thüringen sind unter anderem bisher die folgenden Gruppierungen aufgetreten:

- „Kommissarische Reichsregierung des Staates 2tes Deutsche Reich“
- „Exilregierung Deutsches Reich“
- „Regierung des Deutschen Reichs“
- „Volks-Bundesrath“
- „Volksbewegung Dem Deutschen Volke“
- „Volksgruppe-Ringvorsorge“(„Germaniten“)
- „NeuDeutschland“
- „Fürstentum Germania“
- „Republik Freies Deutschland“
- „Deutsches Polizei Hilfswerk“

Diese Gruppierungen sind in ihrem Bestand nicht statisch, sondern unterliegen häufig personellen Veränderungen. In deren Folge kommt es zu Veränderungen der eigenen Bezeichnung, zur Auflösung oder Gründung von neuen Gruppen.

„Selbstverwalter“

Daneben finden sich die Ideen der „Reichsbürger“ auch bei sog. Selbstverwaltern, die sich von der Bundesrepublik Deutschland „lossagen“, Verschwörungstheoretikern und Personen, deren Motivation sich aus einer zumeist langjährigen Auseinandersetzung mit verschiedenen Behörden speist. Bei letzteren stellt das Leugnen der Existenz der Bundesrepublik gewissermaßen das einzig noch verfügbare Mittel der Argumentation dar. Diese Personenkreise teilen zwar überwiegend die Auffassungen und auch Argumentationslinien der übrigen rechtsextremistisch klassifizierten „Reichsbürger“, es fehlen aber oftmals die rechtsextremistischen Bestandteile in ihren oft wirren Ausführungen. Der wesentliche Unterschied besteht in der unterschiedlichen Reichweite der Zielsetzungen. Während rechts-extremistische „Reichsbürger“ nicht nur die Existenz der Bundesrepublik Deutschland infrage stellen, sondern dies auch mit dem Wunsch nach der Etablierung eines „Vierten Reichs“ mitsamt revisionistischer und rassistischer Ausrichtung verbinden, erstreckt sich das Ansinnen der übrigen „Reichsbürger“ im Wesentlichen darauf, den Hauptgrund für ihr meist behördlich begründetes Problem, nämlich die Rechtsordnung der Bundesrepublik, aus der Welt zu schaffen. Dass dieses Phänomen in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat, lässt sich nicht zuletzt durch die im Internet leicht zugänglichen entsprechenden Beratungsangebote anderer „Reichsbürger“ bzw. „Selbstverwalter“ erklären. Sowohl Argumentationen als auch Musterschreiben für die Korrespondenz mit Behörden lassen sich dort runterladen.

Hinweise

Grundsätzlich kann es in allen Behörden und Verwaltungen, aber auch darüber hinaus z.B. in Vereinen, zu Vorfällen mit „Reichsbürgern“ kommen. Da Verantwortliche mitunter nicht mit derartigen Aktivitäten rechnen, haben die „Reichsbürger“ oft einen „Überraschungs-Moment“ auf ihrer Seite.



Grundsätzlich gilt im Umgang mit „Reichsbürgern“ oder „Selbstverwaltern“ daher Folgendes:

- Rechnen Sie mit möglichen Aktivitäten von „Reichsbürgern“ in Thüringen.
- Lassen Sie sich auf keine Diskussionen ein und bewahren Sie Ruhe. Geben Sie keinesfalls nach! Geben Sie dem „Reichsbürger“ in seiner Argumentation nie Recht!
- Handeln Sie schnell und konsequent.
- Beleidigungen, Bedrohungen und weitere strafrechtlich relevante Verhaltensweisen sollten unverzüglich den Strafverfolgungsbehörden angezeigt werden.
- Schriftwechsel sollte auf das absolut notwendige Mindestmaß beschränkt sein. Geben Sie auf konkret gestellte Anträge nur eine kurze schriftliche Antwort, denn Erläuterungen der Rechtsfragen überzeugen den Antragsteller meistens nicht und ziehen regelmäßig weitere Schreiben nach sich.
- Stellen Sie Schriftstücke bei bekannten Reichsbürgern gegen Empfangsnachweis oder per Postzustellungsurkunde (PZU) zu.
- Auf Erklärungen und Proklamationen sollte grundsätzlich nicht reagiert werden.
- Materialien mit rechtsextremistischen Inhalten sollten dem Verfassungsschutz und/oder der Polizei übermittelt werden.
- Bei Ordnungswidrigkeiten (z.B. Zahlungsverweigerung bei Gebühren oder Verletzung der Ausweispflicht) sollten die Möglichkeiten der Ahndung durch Verhängung eines Bußgeldes etc. und die Vollstreckung im Verwaltungswege konsequent genutzt werden.
- Vorsicht vor Beglaubigung von „Urkunden“ oder anderen Dokumenten von Reichsbürgern. Dort könnte z.B. stehen, man sei „zu keinem Zeitpunkt auf hoher See verschollen“, oder „das Grundgesetz der BRD ist keine Verfassung.“
- Vorsicht auch bei vermeintlichen Presseanfragen. Reichsbürger nutzen mitunter gefälschte Presseausweise oder auch solche, die ohne Nachweis einer journalistischen Tätigkeit im Internet zum Kauf angeboten werden.



Ein Angebot für Behörden, Vereine, Bildungseinrichtungen, Institutionen und Organisationen: Das Thüringer Amt für Verfassungsschutz bietet allen interessierten Gruppen Informationsvorträge zu aktuellen Aspekten des Rechtsextremismus an. Dieses Angebot ist kostenfrei.

Impressum

Herausgeber:

Amt für Verfassungsschutz

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales

Haarbergstraße 61

99097 Erfurt

Telefon: 0361-57 33 13 850

Telefax: 0361-57 33 13 483

E-Mail: AfVKontakt@tmik.thueringen.de

Fotos: Verfassungsschutz, Wikipedia Commons

Diese Druckschrift darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.